

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Beschluss Nr. 10

Demokratie und Teilhabe leben – von Anfang an!

Demokratie lebt von Beteiligung

In den letzten Jahren bemerken wir an vielen Stellen, dass das Vertrauen in unser demokratisches System sinkt. Die junge Generation macht uns diesbezüglich Hoffnung. So ist die Wahlbeteiligung bei der Europawahl beispielsweise stark gestiegen. Auch beteiligen sich vor allem Jugendliche und junge Erwachsene an der „Fridays for Future“-Bewegung. Sie zeigen damit, dass sie politisch denken und für ihre Interessen zu handeln bereit sind. Ihr Engagement setzt politische Akzente für einen Kurswechsel in der Klimapolitik. Auch der Protest und die Kampagne gegen die sogenannten Uploadfilter haben deutlich gezeigt, wie Beteiligung, Protest, Information und Desinformation heute aussehen können. Youtuber*innen und Influencer*innen haben Millionen von jungen Menschen erreicht und mobilisiert.

Beide Bewegungen haben zugleich auch gezeigt, dass die Themen, die junge Menschen wirklich interessieren, die ihnen auf den Nägeln brennen, in politischen und medialen Debatten meist viel zu wenig vorkommen – oder nicht ernst genommen werden. Beides hängt auch mit dem geringen Anteil Jüngerer in den etablierten politischen Gremien zusammen.

Denn an vielen Stellen setzen sich junge Menschen für ihre besonderen Belange und ein besseres Zusammenleben ein: Sei es mit der Forderung nach einem neuen Skatepark in der Stadt, nach einem besseren Mittagessen in der Schule oder nach einem Jugendzentrum im Dorf. Viele dieser Initiativen werden als „nervige Einmischung“ abgetan. Mit solchen Erfahrungen wenden sich junge Menschen frustriert ab. Und auch das Engagement der vielen Schüler*innen, die sich im Zeichen des drohenden Klimawandels politisieren, droht zu verpuffen, wenn sie mit ihren Belangen erneut nicht gehört werden, wenn im „echten Leben“ nichts aus ihrem Einsatz folgt.

Zugleich stellen wir eine Rechtsverschiebung in der Gesellschaft fest – die Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Ansichten und Parteien steigt.

Junge Menschen sind Profis in Fragen ihrer Zukunft!

Unser Anspruch ist daher eine Politik, die nicht über ihre Köpfe hinweg diskutiert und entscheidet.

Kinder und Jugendliche müssen auf Augenhöhe beteiligt werden und dabei Selbstwirksamkeit erfahren– und zwar unmittelbar dort, wo sie von Entscheidungen

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

betroffen sind. Sie sollen von Anfang an lernen und positiv erleben können, dass es sich lohnt, sich persönlich mit eigenen Wünschen, Meinungen und Ideen einzubringen.

Noch mehr junge Menschen (wieder) für die Demokratie und demokratische Politik zu begeistern, ist ein zentraler Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft - und zugleich die beste Prävention gegen Rechtsextremismus.

Dafür wollen wir politisch die Voraussetzungen schaffen.

1. Was wir schon erreicht haben

Im Rahmen unserer breit angelegten, eigenständigen Jugendpolitik haben wir in den letzten Jahren einige Fortschritte dabei erzielt, junge Menschen und deren Interessen politisch besser einzubeziehen:

- Wir konnten die Entwicklung einer gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung im Koalitionsvertrag verankern. Sie soll bei politischen Maßnahmen für die Belange junger Menschen sensibilisieren. Dafür wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, in der nun alle Ressorts gefordert sind, ihren Beitrag für eine jugendgerechtere Politik zu leisten.
- Auch wenn ein Kernelement dieser Strategie, ein verbindlicher gesetzlicher JugendCheck, gegen die Union nicht durchsetzbar war, haben wir nun im sozialdemokratisch geführten Jugendministerium einen eigenen JugendCheck mit dem entsprechenden Personal installiert, der die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen aufzeigt.
- Teilhabe junger Menschen setzt materielle Absicherung voraus. Armut im Jugendalter wirkt sich unmittelbar auf Entscheidungsmöglichkeiten und Zukunftspläne aus – und damit auf den gesamten weiteren Lebensweg. Daher sind die deutlichen Verbesserungen beim Bafög und die nach langem Ringen durchgesetzte Mindestausbildungsvergütung so wichtige Schritte. Und auch darüber hinaus haben wir mit dem Konzept einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung das Problem der Kinder- und Jugendarmut in den Fokus der öffentlichen Debatte gebracht.

2. Aktuelle Herausforderungen

Bei allen wichtigen Fortschritten stehen wir aktuell weiterhin vor vier großen Herausforderungen:

Jugendarmut mindert politische Teilhabechancen

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind überdurchschnittlich von materieller Armut betroffen. Rund ein Viertel aller Armutsgefährdeten in Deutschland sind unter 25 – das sind 3,4 Mio. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Kinderarmut in Deutschland hat sich in den letzten Jahren medial und politisch zu einem zentralen Thema entwickelt – Jugendarmut nicht. Offenbar gelten nur Kinder, nicht aber Jugendliche, als vollkommen schuldlos an ihrer Situation. Zudem gilt es als gesetzt, dass Investitionen in der Jugendphase Defizite in der Kindheit nicht mehr ausgleichen können – „arme Kinder werden arme Erwachsene“.

Armutsrisiken von jungen Erwachsenen sind durch ihre Lebenssituation bedingt (Übergangsphasen): Auszug aus dem Elternhaus, Schulabschluss, Ausbildungsbeginn, Berufseinstieg, Arbeitsplatzsuche, Familiengründung, unbezahlte Praktika, befristete Arbeitsstellen. Bei den 1,3 Millionen 18-25jährigen sind rund ein Viertel der Betroffenen Studierende, die vorübergehend wenig Einkommen und damit Probleme z.B. am Mietmarkt haben - aber immerhin ein oft eher wohlhabendes Elternhaus und beste Zukunftsperspektiven.

Für die meisten anderen bringt die materielle Armut langfristig eine erhebliche Verschlechterung von Lebens- und Entwicklungschancen mit sich – vom Aufbau sozialer Beziehungen über die Gesundheit bis hin zur Einschränkung der Entscheidungsoptionen, was den Bildungsweg, den Bildungs- oder Arbeitsort und auch demokratisches Engagement angeht. So haben Jugendliche aus armen Familien sehr viel seltener finanzielle und soziale Unterstützung durch Eltern oder andere Angehörige, wenn es zum Beispiel darum geht, abseits des Wohnortes ein Studium aufzunehmen, ein soziales Jahr abzuleisten oder anderes. Immer wieder rutschen junge Leute auch in die mehr oder weniger verdeckte Obdachlosigkeit und „wandern“ ganz ohne konkrete Lebensperspektive von Kumpel zu Kumpel.

Armut drückt sich unmittelbar auch in politischer Teilhabe aus: Die Betroffenen sind seltener Mitglied in Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gleichzeitig steigt mit der Armut das Gefühl, keinen Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

Demokratiefähigkeit braucht Politische Bildung

Viele Kinder und Jugendliche bringen, wie auch die Mehrheit der „Fridays for Future“-Aktivist*innen, bereits aus dem Elternhaus das Bewusstsein und die Voraussetzungen dafür mit, sich für ihre Rechte einzusetzen – indem sie Diskussions- und Aushandlungsprozesse von klein auf am heimischen Esstisch üben konnten und dort von Eltern oder Großeltern immer auch Antworten auf ihre gesellschaftspolitischen Fragen bekamen. Das gilt jedoch nicht für alle.

Schule hat deshalb eine zentrale Bedeutung für die Vermittlung dieser Kompetenzen für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft. Insbesondere in der politischen Bildung müssen hier die wesentlichen Grundlagen vermittelt werden, die im besten Fall mit Erfahrungen in Gruppen, Vereinen und Verbänden ergänzt werden.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Die politische Bildung fristet an deutschen Schulen jedoch im Vergleich zu Naturwissenschaften oder Sprachen eher ein Schattendasein. Je nach Bundesland und Schulform gibt es teilweise große Unterschiede im Umfang und in der Qualität des Unterrichts und darüber hinaus gehender Angebote. Neueste Untersuchungen belegen, dass derzeit die beste politische Bildung und die beste Demokratiebildung vor allem den Kindern und Jugendlichen zugutekommt, die aus bildungsnahen Elternhäusern stammen - also über alle Bundesländer hinweg vor allem den Schüler*innen an Gymnasien. Hier ist die Zahl der Wochenstunden im Fach Politische Bildung im Durchschnitt höher und der Anteil fachfremder Lehrkräfte geringer als an anderen Schulformen. Verlierer sind die Berufsschulen. Große Unterschiede zwischen den Schulen gibt es darüber hinaus auch bei den Mitspracherechten von Schüler*innen als einem unverzichtbaren Element des demokratischen Lernens. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Schulgesetzen werden sehr unterschiedlich gelebt und umgesetzt.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume für Engagement

Insbesondere die verdichteten Bildungsbiographien bewirken, dass zeitlichen Freiräume von Kindern und Jugendlichen für Sport, Verbandsarbeit und andere Aktivitäten immer weniger vorhanden ist.

Kinder- und Jugendverbände sind originäre Aktionsfelder, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Sie sind Plattformen des selbstorganisierten Engagements und geben jungen Menschen Gestaltungs-, Teilhabe- und Entscheidungsoptionen, die sie sonst nicht haben. So wirken sie als Werkstätten der Demokratie. Dort erfahren und lernen junge Menschen Fähigkeiten und Haltungen, die im politischen Leben nötig sind nicht nur theoretisch. Sie erleben, was Mitbestimmung bedeutet. Auch wenn nicht alle Formate der Jugendverbände als politische Bildungsmaßnahmen begriffen werden können und sollen – in Kinder- und Jugendverbänden, wie z.B. Sportvereinen, Jugendfeuerwehren, kirchlichen oder politischen Jugendorganisationen, können junge Menschen gestalten, teilhaben und entscheiden. Sie erfahren, was selbst organisiertes Engagement und echte Beteiligung ausmachen und was sich damit alles bewirken lässt.

Diese Prozesse zu unterstützen und Heranwachsende bei ihren Erfahrungen zu begleiten, leisten Hauptamtliche und Multiplikator*innen in Verbänden und Projekten. Sie sind Leistungsträger, um den bürokratischen Aufwand, den die Beantragung von Projektförderungen, internationalen Austauschprogrammen etc. mit sich bringt, zu bewältigen.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss Folgen haben

Auf den unterschiedlichen politischen Ebenen existieren bereits zahlreiche Jugendbeteiligungsformate und -methoden. Aber: Aus den Beteiligungen folgt oft nichts, Vorschläge und Forderungen werden nicht umgesetzt. Beispiel: Die auf den EU-Jugendkonferenzen erarbeiteten Youth Goals. Diese und andere Formen der Pseudo-

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Beteiligung sind junge Menschen zu Recht leid – und wenden sich frustriert ab. Demokratie darf nicht mehr nur folgenlos proklamiert, sondern muss praktisch erlebt werden. Es müssen spürbare Konsequenzen erfolgen. Nur wenn Beteiligung dazu führt, dass Kinder und Jugendliche etwas verändern können, kann sie zur Demokratieerziehung und damit zur Sicherung der Demokratie insgesamt beitragen.

3. Unsere Antwort: Jugendarmut bekämpfen – Politische Bildung stärken – Engagement unterstützen – Echte Beteiligung ermöglichen!

Jugendarmut bekämpfen

Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die sich an alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland richtet und ihnen ein gutes und gesundes Aufwachsen ermöglicht. Dabei führen wir bislang einzeln ausgezahlte, einzeln zu beantragende und zum Teil aufeinander anzurechnende Leistungen (wie etwa Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket oder Leistungen aus dem SGB II) zu einer Leistung zusammen und vereinfachen das System auf diese Weise. Unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung besteht aus zwei Säulen: Sie orientiert sich nicht nur am finanziellen Bedarf eines Kindes oder Jugendlichen, sondern berücksichtigt auch die Infrastrukturleistungen in Kita, Schule, Ganztagsbetreuung und Teilhabe an Förderangeboten. Die beiden Säulen „individuelle Grundsicherung“ und „infrastrukturelle Förderung“ machen die neue Leistung aus.

Neuere Studien zeigen sehr deutlich, dass die Jugendphase entscheidend dafür ist, ob sich Armut im Erwachsenenalter fortsetzt – dass also die Förderung und Unterstützung z.B. durch Lehrer*innen, Freund*innen, die Eltern von Freund*innen Armutserfahrungen aus der Kindheit noch ausgleichen kann. Deshalb wollen wir Jugendarmut durch eine Kombination aus materieller Absicherung und Infrastruktur für Teilhabe, Beratung und Begleitung gezielter bekämpfen.

Auf mehr Möglichkeiten der Beratung und Begleitung setzen wir insbesondere beim Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Beruf, damit Jugendliche unabhängig von ihrem Elternhaus überhaupt ihre Möglichkeiten kennen und Chancen erkennen können. Die Möglichkeiten einer assistierten Ausbildung müssen ausgebaut werden.

Das gilt auch und gerade für die z.Zt. 180.000 Jugendlichen in der stationären Jugendhilfe, die derzeit mit dem 18. Geburtstag aus dieser Unterstützung herausfallen („care leaver“). Eine individuelle Förderung und Unterstützung muss bei Bedarf auch über diese Altersgrenze hinaus möglich sein, ohne dass dies für ohnehin benachteiligte junge Erwachsene zur finanziellen Belastung wird.

Unser Ziel bleibt die Garantie auf einen Ausbildungsplatz und damit der Anspruch für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen auf eine qualitativ hochwertige und

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

vollqualifizierende Ausbildung. Zusätzlich müssen die Wohnheimangebote für Auszubildende und Studierende ausgebaut werden.

Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland war ein Quantensprung. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden. Deshalb muss der Mindestlohn auch unabhängig vom Lebensalter gelten. Wir unterstützen, dass es keine Ausnahmen vom Mindestlohn gibt.

Menschen ohne Arbeit wollen wir künftig durch ein Bürgergeld unterstützen. Dabei darf es die bisher beim ALGII geltenden strengen Sanktionen für unter 25-jährige nicht mehr geben. Sie sind offenkundig kontraproduktiv und gehören abgeschafft. Das gleiche gilt für das faktische Auszugsverbot unter 25-jähriger, die Grundsicherung beziehen. Wir wollen den Auszug aus dem Elternhaus stattdessen bei Bedarf unterstützen, beispielsweise durch die entsprechende Begleitung und Zuschüsse für die Erstausrüstung.

Sofern junge Menschen in Ausbildung oder Berufseinstieg mit erwerbslosen Familienangehörigen zusammenleben, wollen wir ihren besonders schwierigen und wichtigen Schritt ins Erwerbsleben unterstützen, indem die Anrechnung ihres Einkommens auf das der Bedarfsgemeinschaft entfällt.

Wir sehen, dass Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarmut große Probleme mit europäischer Dimension sind. Insbesondere in Südeuropa liegt die Jugendarbeitslosigkeit teilweise noch um die 40%. Wir stehen deshalb für einen Ausbau der Jugendgarantie auf europäischer Ebene.

Politische Bildung muss alle erreichen

Bildung ist das Fundament jeder demokratischen Gesellschaft. Deshalb muss die (progressiv-emanzipatorische) Erziehung von Demokrat*innen das oberste Ziel jeder Bildungseinrichtung sein.

Politische Bildung, die Heranführung an demokratische Prinzipien und demokratisches Handeln sollten so früh wie möglich ansetzen – am besten schon in der Kita. Bereits in frühen Jahren können demokratische Beteiligungsformen angewandt und so als selbstverständlich eingeübt werden.

In der Schule sollte politische Bildung langfristig bereits ab Klasse 1 unterrichtet werden - in einem eigenständigen Fach und zusätzlichen Themenblöcken in anderen Fächern, um die Wirkungsmechanismen politischer und gesellschaftlicher Handlungen zu verdeutlichen. Denn jüngere Kinder sind keineswegs unpolitisch, können es aber werden, wenn es zu lange keinen Raum für ihre Fragen gibt. Zwei Wochenstunden ab Klasse 5 sind für uns der erste Schritt. Für den Politikunterricht sollten länderübergreifende, quantitative und qualitative Mindeststandards formuliert werden.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Politische Bildung ist nicht nur die Vermittlung von Wissen über die Funktionsweise unserer Demokratie. Sie soll Kinder und Jugendliche befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese zu vertreten. Was Politik und Gesellschaft umtreibt – Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel, Gerechtigkeit – muss auch in den Schulen diskutiert werden. Deshalb kann gerade in der politischen Bildung nicht nur Frontalunterricht stattfinden. Es braucht mehr Räume und Zeiten in Projekten, in der Kooperation und Diskussion mit Externen, um politische Bildung lebendig werden zu lassen und Demokratie zu erlernen – zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen oder die Gedenkstättenarbeit. Dabei sollen die Schulen insbesondere auch auf die Angebote der Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung zurückgreifen. Bundes- und Landeszentralen der Politischen Bildung dürfen nicht je nach Kassenlage ab- oder aufgebaut werden.

Politische Bildung stärken heißt insbesondere auch, die Lehrer*innen zu stärken.

Wir brauchen Lehrer*innen, die für Demokratie, Rechtsstaat, soziale Verantwortung, ökologisches Bewusstsein und die Werte unseres Grundgesetzes eintreten. Die gesamtgesellschaftliche Diskursverschiebung nach rechts stellt die Lehrkräfte jedoch seit einigen Jahren vor ganz neue Herausforderungen: Offen rechtsgerichtete Statements oder auch nur Provokationen im Klassenzimmer, Diskussionen um ein angebliches „Neutralitätsgebot“ und die Online-Denunziationsportale in einigen Bundesländern setzen die Lehrenden erheblich unter Druck.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften muss darauf reagiert werden. Hier ist unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung mit entsprechenden Fortbildungsveranstaltungen gefragt. Nur qualifizierte Lehrkräfte können vorgeschobene Neutralitätsforderungen von rechts selbstbewusst als Mythos entkräften, professionell mit Heterogenität in den Klassen umgehen und auch „heiße“ Themen ansprechen.

Insgesamt gilt es daher, die Ausbildung von Politiklehrer*innen auszubauen und dabei Methodenvielfalt anstelle von Frontalunterricht zu fördern, damit dieses wichtige Fach wieder stärker von Fachlehrkräften unterrichtet wird. Quereinsteiger*innen und fachfremde Lehrkräfte müssen noch besser qualifiziert werden. Neben der Lehrkräfteausbildung muss auch die Bildungsforschung in diesem Bereich an unseren Hochschulen verbessert werden.

Und wir wollen die Demokratisierung von Schule weiter voranbringen. Hier verbringen Schüler*innen und Lehrer*innen einen Großteil ihres Alltags. Wir wollen, dass sie diesen Alltag gemeinsam demokratisch gestalten. Das bedeutet vor allem eine Stärkung der Schüler*innenvertretung an den Schulen und die Einführung eines Schulparlamentes. An allen Entscheidungen, die ihr Lernen betreffen, sollten sich Schüler*innen mit Stimmrecht beteiligen können.

Durch echte und gleichberechtigte Mitbestimmung für Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern lässt sich Demokratie an Schulen ganz praktisch erlernen. Für uns gehört eine Drittelparität in den Schulen zum Selbstverständnis. Deshalb wollen wir einheitliche Formate

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

und klare Regeln für eine demokratische Schule. Wenn Schülervereine*innen sich bundesweit vernetzen wollen, dann fördern und unterstützen wir das.

Damit alle gleichermaßen am Schulalltag teilhaben können, muss dieser kostenfrei sein. Neben dem Verzicht auf Schulgeld bedeutet dies auch, dass z.B. das Mittagessen und Schulmaterial für alle Kinder gestellt werden sollen.

Gleiches gilt für die Demokratisierung von Hochschulen. Mitspracherechte muss es für alle Mitglieder einer Hochschule geben. Gerade in der Wissenschaft sollten Entscheidungen durch den Austausch der besten Argumente gefällt werden. Daher braucht es in der akademischen Selbstverwaltung eine angemessene Beteiligung durch alle an der Hochschule vertretenen Gruppen. Dazu gehört ein Hochschulparlament als zentrales Entscheidungsgremium, das die realen Mitsprachemöglichkeiten erhöht und zum demokratischen Diskurs an den Hochschulen beiträgt. Verfasste Studierendenschaften müssen in allen Bundesländern starke Interessenvertretungen sein.

Auch in den Betrieben müssen die Rechte von jungen Menschen gestärkt werden. Die Interessen von jungen Menschen in Ausbildung werden in den Unternehmen mit Betriebsrat von den Jugend- und Auszubildendenvertretungen wahrgenommen. Wir wollen, dass die JAVen die Belange aller zur Ausbildung Beschäftigter vertreten können, unabhängig vom Alter. Und wir wollen die Möglichkeit der Gründung einer Jugend- und Auszubildendenvertretung auch ohne Betriebsrat schaffen. Außerdem sollen die Rechte der betrieblichen Interessensvertretung bei der Personalplanung und der Auswahl von Azubis und dual Studierenden gestärkt werden. Betriebliche Mitbestimmung, Gewerkschaften und das Betriebsverfassungsgesetz müssen als Themen stärkeres Gewicht in den Lehrplänen der allgemein- wie auch der berufsbildenden Schulen bekommen. Außerdem wollen wir durch die Einrichtung einer Vertretung studentisch Beschäftigter deren Mitbestimmungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen verbessern.

Politische Bildung ist traditionell ein wesentliches Element in der Jugendverbandsarbeit. Jugendverbände tragen durch ihre Prinzipien und ihr spezifisches Format zu den Zielen politischer Bildung bei: Selbstorganisation und Selbstbestimmung, Partizipation. Jugendverbände ermöglichen Gestaltungsräume für junge Menschen, die sich dort über ihre Freizeitgestaltung, aber auch über Bildung und Gesellschaft austauschen können. Jugendliche und junge Erwachsene wählen die Themen und die Methoden ihrer Bildungsarbeit selbst. Dabei greifen Jugendverbände politische und gesellschaftliche Fragen auf und stärken die Themen, die noch nicht im gesellschaftlichen Diskurs etabliert sind.

Und schließlich muss politische Bildung auch stärker dort unterwegs sein, wo sich große Teile des Alltags junger Menschen abspielen: im Netz. Sechzehnjährige kennen keine Welt ohne Internet. Information und Kommunikation verändern sich im Zeitalter der Digitalisierung rasant und dynamisch. Informationen werden digital aufgenommen, es wird per social media

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

kommuniziert und sich beteiligt. Diesen Entwicklungen muss politische Bildung Rechnung tragen.

Freiwilliges Engagement unterstützen

Wir wollen jungen Menschen Zeiten und Räume erhalten, sich innerhalb und außerhalb der Schule zu engagieren, sich auszuprobieren, selbst bestimmt aktiv zu sein. Wir stehen auch weiterhin für eine Politik, die Engagement ermöglicht und in seiner Vielfalt fördert. Alle Überlegungen zu einem sozialen Pflichtjahr lehnen wir klar ab!

Für Schüler*innen wollen wir eine Ganztagschule mit einem pädagogischen Konzept, in dem sich über den ganzen Tag hinweg Lern- und Freizeitangebote miteinander verbinden. In ein solches Konzept können Jugendhilfe, Jugendarbeit, Musikschulen, Vereine und Verbände gezielt eingebunden werden. Hierzu braucht es die inhaltliche Verschränkung von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und die konsequente Beteiligung junger Menschen an richtungsweisenden Entscheidungen, die sie und die Gestaltung ihrer Schule betreffen.

Aber auch in der perfekten Ganztagschule gilt: Für alle Schüler*innen muss es möglich sein, ihre schulischen Aufgaben bis spätestens 16 Uhr zu erledigen. Danach muss tatsächlich Freizeit sein – ohne Hausaufgaben. Freie Zeit also für Spiel und Erholung oder für das Schwimmtraining, die Freiwillige Feuerwehr, das Treffen im Jugendverband. Zumindest in den Schulferien müssen gemeinsame Aktivitäten auch mit jungen Menschen aus anderen Bundesländern möglich sein. Dafür sind gemeinsame Ferienzeiten eine zentrale Voraussetzung. Wir streben deshalb in Zukunft wieder zwei gemeinsame Sommerferienwochen an.

Für Student*innen ist auch weiterhin eine umfassende Reform der Studienfinanzierung ein zentraler Baustein für ein Hochschulstudium, das Zeit und Raum für den Blick über den fachlichen Tellerrand hinauslässt. Als ersten wichtigen Schritt wollen wir die Bafög-Laufzeit für engagierte Studierende auch dann verlängern, wenn ihr Engagement nicht unmittelbar an der Uni, sondern z.B. im Sportverein oder in einer politischen Jugendorganisation stattfindet. Darüber hinaus braucht es eine Flexibilisierung des Studiums, um die nötigen Freiräume für Engagement zu schaffen. Dazu gehört die Abschaffung der starren Regelstudienzeit und die Konzeption von Studiengängen, die tatsächlich in angemessener Zeit studierbar sind.

Engagierte Jugendliche in Ausbildung nehmen die bestehenden Freistellungsmöglichkeiten von der Arbeit immer weniger in Anspruch, weil sie davon berufliche Nachteile befürchten. Wir wollen daher durch ein Freistellungsgesetz mit Kostenerstattung für die Betriebe sicherstellen, dass Auszubildende und junge Erwerbstätige die bestehenden Freistellungsmöglichkeiten auch tatsächlich nutzen.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Jugendfreiwilligendienste im In- und Ausland sind beliebt, weil sie jungen Menschen - häufig im Anschluss an den Schulabschluss – eine Bildungs- und Orientierungsphase eröffnen. Damit sind sie zugleich eine wichtige Form von Teilhabe und ein Ort des demokratischen Lernens, der politischen Bildung. Diese Bildung findet sowohl bei den nationalen als auch bei den internationalen Diensten in Form von Seminaren und in Form von Alltagslernen statt, das in gute Politikdidaktik eingebettet sein muss. Deshalb wollen wir die Rolle der Träger von Freiwilligendiensten (z.B. BFD, FSJ, Europäischer Freiwilligendienst, IJFD etc.) bei der politischen Bildung stärken.

Die Jugendverbände sind unter anderem Träger von Jugendfreiwilligendiensten, internationalen Jugendaustauschen und Gedenkstättenfahrten – und damit ein wichtiger Ort der politischen Bildung. Damit das so bleibt, braucht es mehr hauptamtliche Unterstützung in den Verbänden

durch Fachkräfte mit ausreichendem Zeitbudget und einschlägiger Expertise. Ihre Förderung wollen wir deshalb verstetigen und dynamisieren, also von Projektförderungen zu institutionellen Förderungen kommen.

Nötig ist zugleich eine Fachkräfteoffensive in den sozialen und pädagogischen Berufen, da der aktuelle Fachkräftemangel faktisch zulasten der Jugendarbeit geht. Dabei müssen politische Bildung und politische Bildungsprozesse in den Ausbildungen von Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen etc. stärker verankert werden, um die Fachkräfte gerade auch für die Aktivierung benachteiligter junger Menschen fit zu machen.

Nötig ist zudem der weitere Abbau von Bürokratie, z.B. bei Anträgen zu internationalen Jugendaustauschen, um Zugangshürden zu senken und Haupt- wie Ehrenamtlichen mehr Freiraum für die Durchführung von Aktivitäten zu ermöglichen.

Echte Beteiligung ermöglichen

Wir wollen Kinder- und Jugendbeteiligung, die auch wirklich Beteiligung ist - und nicht nur Beratung. Das heißt: Junge Menschen brauchen weniger Parallelgremien und mehr Beteiligung an „echten“ Prozessen. Dafür müssen die Gremien sich ändern, sonst wird diese Beteiligungsmöglichkeit nicht genutzt. Das heißt auch: Politik und Verwaltung müssen Macht abgeben und die von jungen Menschen erarbeiteten Forderungen und Positionen wirksam umsetzen.

Auf kommunaler Ebene wollen wir die verpflichtende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel in kommunalen Jugendhilfeausschüssen und Landesjugendhilfeausschüssen gesetzlich in den Kommunalverfassungen verankern. Bestehende Beteiligungsstrukturen wie Jugendverbände, Jugendringe, Jugendarbeit, Schüler*innenvertretungen, Kinder- und Jugendparlamente, Jugendbeiräte, Servicestellen müssen kontinuierlich gefördert und unterstützt werden. Dazu gehört insbesondere auch eine Infrastruktur mit bezahlbaren Räumen ohne Verzehrzwang für die offene und die

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

organisierte Jugendarbeit, z.B. in Jugendhäusern, Freizeitheimen oder anderen geeigneten Räumlichkeiten, die für Jugendorganisationen über eine Art „WBS-Schein“ kostengünstig zugänglich sind.

Darüber hinaus bleibt der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs - in Verbindung mit einem kostenfreien Angebot für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene - und die Ausweitung von überregionalen Azubi-Tickets wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich alle jungen Menschen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern engagieren und beteiligen können.

Auf Landes- und Bundesebene fordern wir auch weiterhin die gesetzliche Verankerung des JugendChecks und vor allem die Absenkung des aktiven UND passiven Wahlalters auf 16 Jahre für alle Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen! Zwei Bundesländer haben das Wahlrecht ab 16 bei Landtagswahlen bereits eingeführt: Brandenburg und Bremen. Die Erfahrungen dort zeigen positive Auswirkungen auch bei der politischen Bildung an Schulen und bei den Bildungs- und Informationsangeboten, z.B. seitens der politischen Parteien. Erst durch die Absenkung des passiven Wahlalters wären Jugendliche aber wirklich am demokratischen Entscheidungsprozess beteiligt. Allerdings: Jede Altersgrenze bleibt willkürlich. Perspektivisch sollte für junge Menschen die individuelle Bereitschaft zu wählen entscheidender sein als eine objektive Altersgrenze – ähnlich wie am Lebensende auch.

Die SPD verpflichtet sich, junge Menschen stärker in bestehende Strukturen einzubinden, dazu gehören Listen und Gremien.

Und auch auf europäischer Ebene setzen wir uns für effektive und verbindliche Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen ein und fördern den EU-Jugenddialog. Die auf den EU-Jugendkonferenzen europaweit erarbeiteten Youth Goals müssen ebenso umgesetzt werden wie die EU-Jugendstrategie - in Deutschland sichtbar und ressortübergreifend im Rahmen der gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung.

Wir wollen zudem den organisierten, grenzüberschreitenden Jugendgruppenaustausch ausweiten und damit insbesondere auch Auszubildende und benachteiligte Jugendliche gezielt fördern, die Europa noch nicht so gut kennen und die vorhandenen Austauschmöglichkeiten noch wenig nutzen. Dafür braucht es – anstelle des teuren „DiscoverEU-Programms“, das benachteiligte Jugendliche kaum erreichen kann – ein höheres Budget im „Erasmus+“-Programm mit deutlicherer Fokussierung auf den außerschulischen Bereich. Die zivilgesellschaftliche Trägerlandschaft bzw. die Antragsteller müssen daraus auch strukturell gestärkt werden – nicht die staatlichen Nationalagenturen, deren politische und gestaltende Macht es zu begrenzen gilt.

In einigen europäischen Ländern wie Polen, Ungarn und Italien geraten derzeit die demokratisch organisierten Trägerstrukturen in der Kinder- und Jugendarbeit erheblich unter Druck. Wir wollen in ganz Europa die demokratisch organisierten Jugendringe stärken.